

Sechzehntes Kapitel.

Die Entwicklung der sozialdemokratischen Presse Berlins.

Gemäß dem Beschluß des Halleschen Parteitages erschien das Berliner Volksblatt vom 1. Januar 1891 ab mit dem Obertitel „Vorwärts“ und der Bezeichnung „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei“. In Übereinstimmung mit dieser Bezeichnung blieb das Blatt der Verwaltung durch die Leitung der Gesamtpartei unterstellt. Der Parteivorstand hatte die Mitglieder der Redaktion und Expedition anzustellen und gegebenenfalls zu entlassen. Nur hinsichtlich der Chefredaktion des „Vorwärts“ hatte der Kongress eine Ausnahme gemacht. Zum leitenden Redakteur bestimmte er selbst Wilhelm Liebknecht, und zwar mit dem Zusatz, daß dieser mit den Mitgliedern des Parteivorstandes gleiches Recht haben solle. Das glaubte man dem ältesten und bedeutendsten der in Deutschland lebenden geistigen Vorkämpfer der Partei schuldig zu sein, und solange Liebknecht lebte, ist es denn auch bei dieser Bestimmung verblieben.

Schwieriger war es, das Verhältnis des „Vorwärts“ zu den Berliner Genossen zu regeln. Er sollte mit der Eigenschaft als Zentralorgan der Partei auch die verbinden, Organ der Berliner Genossen zu sein. Infolgedessen konnte es nicht ausbleiben, daß in den Reihen dieser das Verlangen laut wurde, auf das Blatt, für das man warb und wirkte, auch unmittelbar Einfluß zu erlangen. Es erhielt 1891 eine erste Genugtuung durch den von Bebel formulierten Beschluß des Erfurter Parteitages, wonach dieser sich damit einverstanden erklärte, daß

„die Berliner Genossen eine Kommission von 9 Mitgliedern wählen, welche in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand die Kontrolle des lokalen Teils des „Vorwärts“ zu übernehmen haben“.

Für eine Reihe von Jahren genügte diese Vollmacht den Wünschen Berlins. In dem Maße aber, als die Mitgliedschaften wuchsen und das Parteileben sich reicher entfaltete, stiegen auch die Ansprüche der Berliner Mitgliedschaften an den „Vorwärts“, und es machte sich das Bedürfnis geltend, auf die Redaktion seines politischen Teils gleichfalls Einfluß zu gewinnen. Die Besetzung der leitenden Stellen in der Redaktion und der Verwaltung und die Bestimmung ihrer Gehälter, alles das war nach Partei-